

## Schweiz

## Der V-Mann mit der verdächtigen Melodie

In Graubünden lebt ein früherer Informant des deutschen Geheimdienstes. Nun gibt es Hinweise, dass er zum Umfeld rechtsextremer Mörder gehört. Auf seinem Computer fand sich ein Lied, wie es in einem Bekennervideo zur NSU-Mordserie benutzt wurde.

Von Thomas Knellwolf

Ganz in der Nähe, wo die Dichterin Johanna Spyri einst Heidi, Geissenpeter und Alpöhi angesiedelt hatte, lebt heute der frühere V-Mann mit dem Decknamen Primus. Lange Jahre hat der inzwischen 42-Jährige dem deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) Angaben über Leute geliefert, mit denen er selbst verkehrte: über Rechtsextreme in Ostdeutschland. Jetzt tauchen Hinweise auf, wonach der Mann mit Szenenname Manole vielleicht zum Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gehörte.

Das wäre eine Ungeheuerlichkeit. Doch Aufklärung ist kaum zu erwarten. Die Verfassungsschützer haben die Akte über den Kahlkopf, der gerne mit Kampfhund und Pumpgun posierte, geschreddert. Der deutsche Inlandgeheimdienst verhält sich auffällig unkooperativ gegenüber der Strafverfolgung - insbesondere bei Primus.

Mutmasslichen NSU-Angehörigen und Helfern wird seit über einem Jahr in München wegen zehn Morden, schwerer Brandstiftung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung der Prozess gemacht. Manole alias Primus ist weder Verdächtiger noch Angeklagter. Als Zeuge ist er in Chur befragt worden. Doch dabei kamen verschiedene interessante Aspekte nicht zur Sprache.

Da wäre zuallererst die Sache mit der Pink-Panther-Melodie. Der NSU hatte die Musik für sein Bekennervideo verwendet. Die Ermittler haben dieselbe Melodie auf einem Computer entdeckt, den Manole in Deutschland zurückgelassen hatte. Irgendwie passt das Lied nicht zum Ex-Sänger des rechtsextremen «Westachsen-Gesocks». Doch Fragen dazu gab es keine in den Rechtshilfersuchen der deutschen an die schweizerischen Behörden. Die ahnungslose Bündner Staatsanwaltschaft konnte Manole in ihren beiden Einvernahmen deshalb keine entsprechenden Fragen

stellen. Vielleicht hätten die Beamten dann eine ähnlich schnippische Antwort bekommen wie die «Süddeutsche Zeitung», die in der Sache nun zusammen mit dem «Tages-Anzeiger» recherchierte. «Ich habe viele Musikdateien auf meinem PC», schrieb der Mann aus dem Bündner Rheintal. Und: «Erwarten Sie von mir keine weitere Unterstützung.» Was meinte er damit?

## Zwickau ist nicht die Welt

Die untergetauchten NSU-Mitglieder Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt lebten jahrelang mit Tarnidentitäten in der sächsischen Kleinstadt Zwickau. Dort war auch Manole daheim. Er besass Kleiderläden, ausgerichtet auf Rechtsextreme. Und er kannte viele mutmassliche Helfer des NSU - darunter Thomas S., der mit Zschäpe ein Techtelmechtel gehabt haben soll, oder Jan W., der angeblich einmal eine Waffe für die Terroristen besorgen sollte (was W. bestreitet). Ein Zeuge meinte gar, Zschäpe

habe in einem Laden Manoles ausgeholfen. Die Polizei hat dazu eine Reihe Leute befragt. Eine Tätigkeit Zschäpes liess sich nicht belegen.

Zwickau ist nicht die Welt. Ist es vorstellbar, dass Manole gar nichts über die Untergetauchten erfuhr? «Ich habe diese drei nie in meinem Leben gesehen», teilt Manole nun mit.

Bis heute ist nicht in allen Fällen klar, wer die Fahrzeuge gemietet hat, mit denen die NSU-Terroristen zu den Tatorten fuhren. Manole liess sich damals viele Autos aus, auch zu verdächtigen Zeitpunkten. Am 13. Juni 2001 beispielsweise - dem Tag, an dem der NSU in Nürnberg einen türkischen Schneider niederschoss - mietete Manole in Zwickau einen Wagen, für den 980 Kilometer abgerechnet wurden. Als weiterer Fahrer wurde ein Mann eingetragen, der den Behörden als Neonazi bekannt war und der nur drei Hausnummern entfernt vom NSU-Trio wohnte. Zufall? Vielleicht sind es Zufälle. Vielleicht war der

V-Mann so ahnungslos wie das Bundesamt, dem er viele Geheimnisse verriet - nur nicht die wirklich wichtigen.

## Noch immer weit rechts

Äusserlich ist Manole-Primus heute nicht mehr als Rechtsextremer zu erkennen. Er trägt im Alltag meist bequeme Handwerkerkleidung, robuste Schuhe, und das Haar ist etwas gewachsen. Auch nach fünf Jahren in der Schweiz ist der Migrant weit rechts geblieben. Mit xenophoben Äusserungen hält er sich nicht zurück. In Graubünden war der Zuzüger als Kleiderverkäufer, Sicherheitsmann, Konzertveranstalter und Lastwagenfahrer tätig. Zurzeit ist er als Selbstständiger im Entrümpelungsbusiness und als Antiquitätenhändler tätig. Sein Angebot im Internet ist vielfältig: Es reicht vom bemalten Straussenei aus Südafrika über einen Patronengurt für die Jagd mit Schrot und einen Guinness-Partyhut aus Irland bis zum Bausatz für ein Panzermodell aus dem Zweiten Weltkrieg.

## Nachrichten

Europapolitik

## Bundesratsparteien wollen SVP-Initiative strikt umsetzen

In den Von-Wattenwyl-Gesprächen der Regierungsparteien und einer Delegation des Bundesrats stand gestern das Thema Europa im Vordergrund. In der Diskussion sei bestätigt worden, dass der neue Verfassungsartikel zur Zuwanderung mit dem Freizügigkeitsabkommen nicht vereinbar sei, heisst es in der Mitteilung zu den Gesprächen. Bundesrat und Parteien hätten ausserdem betont, dass dieser konsequent umgesetzt werden müsse. Die Expertengruppe, welche die Arbeiten zur Umsetzung der SVP-Initiative begleitet, hat sich bisher sechsmal getroffen. Bis Ende Juni will das Justiz- und Polizeidepartement dem Bundesrat ein Konzept unterbreiten, bis Ende Jahr soll der Gesetzesentwurf für die Vernehmlassung vorliegen. (SDA)

Atom Müll

## Für fünf von sechs Standorten liegen Planungsstudien vor

Sechs Regionen stehen als mögliche Standorte für künftige geologische Tiefenlager für Atom Müll auf dem Prüfstand. Von den fünf Regionen Wellenberg, Jura-Ost, Jura-Südfuss, Südranden und Zürich-Nordost liegen Planungsstudien zu den Oberflächenanlagen vor. Mit den Studien für die Standortregion Nördlich Lägern rechnet das Bundesamt für Energie «in nächster Zeit», wie es gestern mitteilte. (SDA)

Altersvorsorge

## Bei Scheidungen sollen Frauen bessergestellt werden

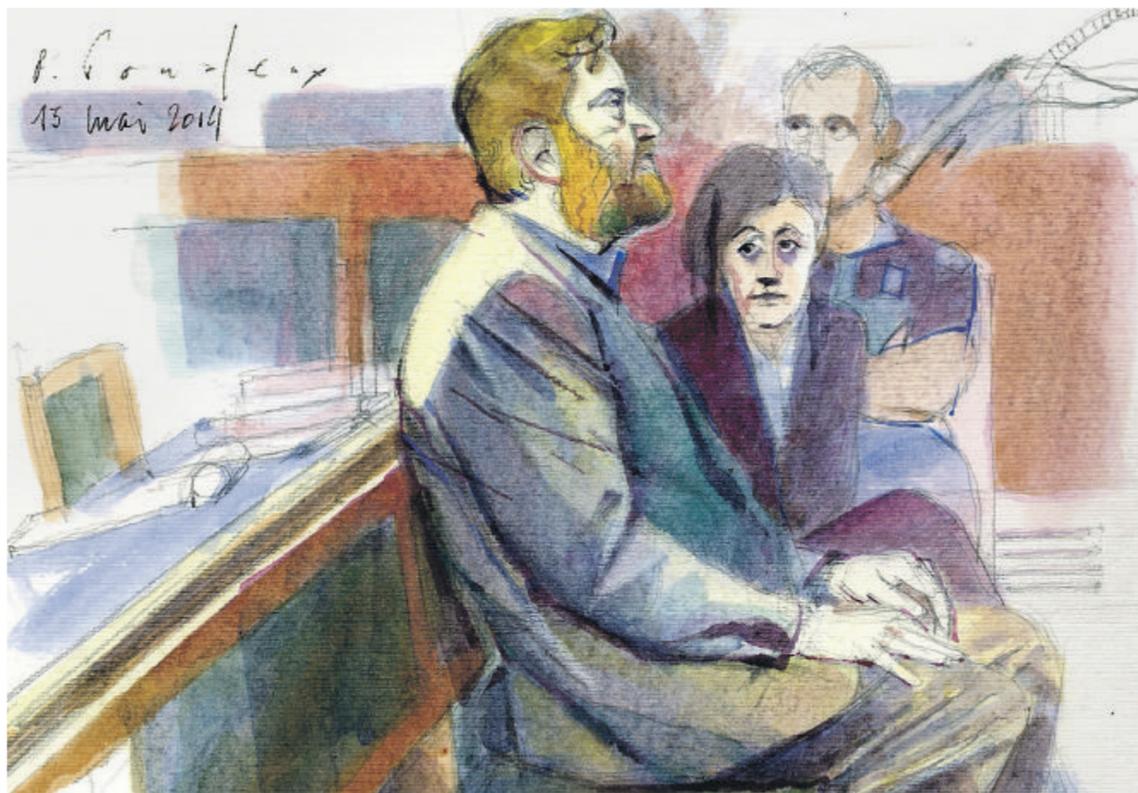
Bei Scheidungen sollen nicht erwerbstätige Ehegatten - in der Praxis mehrheitlich Frauen - mit Blick auf die Altersvorsorge bessergestellt werden. Die Rechtskommission des Ständerates befürwortet neue Regeln beim Vorsorgeausgleich. Künftig soll die Vorsorge auch dann hälftig geteilt werden, wenn ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Scheidung bereits eine Rente bezieht. Den Eheleuten wäre es aber freigestellt, sich auf ein anderes Teilungsverhältnis zu einigen oder auf den Ausgleich ganz oder teilweise zu verzichten, wenn dadurch eine angemessene Vorsorge nicht infrage gestellt wird. (SDA)

Parlament

## Das Lobbyisten-Register ist vom Tisch

Für die Lobbyisten im Bundeshaus bleibt wohl alles beim Alten. Die Staatspolitischen Kommissionen von National- und Ständerat (SPK) wollen nicht, dass sich Lobbyisten künftig akkreditieren, statt Badges von Ratsmitgliedern zu erhalten. Die Nationalratskommission hatte sich zunächst für ein Lobbyisten-Register ausgesprochen, ist aber nach dem Nein der Ständeratskommission mit 19 zu 9 Stimmen auf diesen Entscheid zurückgekommen. (SDA)

## «Der Wikinger» ist plötzlich ganz zahm



Erwin Sperisen beim Prozessauftakt gestern im Gerichtssaal in Genf. Zeichnung: Patrick Tondeux («Tribune de Genève»)

Erwin Sperisen, ehemaliger Polizeichef von Guatemala mit Schweizer Pass, steht wegen zehnfachen Mordes in Genf vor Gericht. Er weist alle Schuld von sich.

Von Philippe Reichen  
Genf

Der Beginn eines Strafprozesses erinnert an die Startminuten eines Fussballspiels. Jede Partei versucht, den «Gegner» sofort zu dominieren. Erwin Sperisens Anwälte wählten eine bewährte Taktik: monieren, manipulieren, destabilisieren, blockieren. Fast schien es so, als hätten sie vor dem Prozess einen Enthüllungsjournalisten der Zeitschrift «L'illustré» engagiert, um unter den sieben Richtern Zweifel an der Rechtmässigkeit des Verfahrens zu streuen.

Just zum Prozessbeginn hatte die Zeitschrift eine Reportage über den Besuch bei der Hauptklägerin aus Guatemala publiziert: eine 70-jährige Frau, deren Sohn im September 2006 als einer von sieben Insassen im Gefängnis Pavón starb. Sperisen wird als damaliger Polizeichef von Guatemala für die Taten verantwortlich gemacht. Mit der von langer Hand geplanten Operation «Pavo Real» (Vogel Pfau) wollte die Polizei mit Unterstützung der Regierung die Kontrolle über das Gefängnis zurückerlangen. Es

heisst, die Häftlinge hätten trotz des Polizeieinsatzes von Pavón ihre kriminellen Aktivitäten weiterbetrieben.

Der Journalist schrieb über die Klägerin, die Frau habe weder gewusst, dass der Prozess beginne, noch habe sie sich an die von ihr unterschriebene Strafklage erinnern können, ja sie kenne nicht einmal ihre Anwältin Alexandra Lopez, die sie im Strafprozess vertrete.

Also rief Giorgio Campa, einer der beiden Anwälte Sperisens, im Gericht aus: «Wir sollten wissen, ob sie Erwin Sperisen wirklich beschuldigt.» Campa verlangte, die Klägerin müsse im Prozess auftreten, was diese ablehnt, weil sie Guatemala noch nie verlassen hat und dem mutmasslichen Mörder ihres Sohnes nicht begegnen will.

Staatsanwalt Yves Bertossa hielt dagegen, an der Beweislast ändere die Reportage nichts. Das Gericht sah dies genauso, lehnte den Antrag der Verteidigung ab und weigerte sich auch, den Journalisten anzuhören. Stattdessen begann es, Sperisen über die ihm zur Last gelegten Taten zu befragen.

## Eine Show für die Journalisten

Der 43-Jährige, der vor seiner Polizeimannschaft gerne mit seiner Harley-Davidson vorfuhr und seiner Korpulenz, Rohheit und seines roten Haarschopfs wegen den Spitznamen «Der Wikinger» trug, bestreitet jegliche Beteiligung an Mordaktionen. Der nach drei Jahren im Amt 2007 aus Guatemala nach Genf ge-

flohene Ex-Polizeichef will entweder keine Befehlsgewalt gehabt oder nicht in Operationen eingegriffen haben. Oder er sei nicht am Tatort gewesen.

Über die Operation «Pavo Real» sagte Sperisen: «Unser Ziel war, die Kontrolle über Pavón auf friedliche Weise zurückzugewinnen.» Gerichtspräsidentin Isabelle Cuendet hakte nach: «Warum fuhren Sie dann in Kampfuniform, mit einem Funkgerät und bis an die Zähne bewaffnet zum Gefängnis?» Genfs Polizeichefin Monica Bonfanti tue dies auch nicht. Sperisen darauf: «Es ging um das Image der Regierung und den Eindruck vor der Presse. Ich musste den Präsidenten repräsentieren.» Die Befehlsgewalt bei der Operation habe «der Chef des Kommissariats 13» gehabt, an dessen Namen sich Sperisen nicht erinnern kann. Die Anklage wirft ihm vor, den Befehl für die Erschiessung von sechs Häftlingen gegeben und einen selbst erschossen zu haben.

Auch die Erschiessung dreier Häftlinge, die im Oktober 2005 aus dem Gefängnis El Infiernito geflohen waren, soll Sperisen befohlen haben. Er bestreitet das. Warum er denn die Verbrechen nicht habe untersuchen lassen, wollte die Gerichtspräsidentin wissen. Das hätte der Staatsanwalt übernehmen müssen, sagte der 43-Jährige.

Kommende Woche befragt das Gericht diverse Zeugen, darunter einen Mann, der beobachtet haben will, wie Sperisen jemanden erschoss.

## Volksabstimmungen

Parolen für den 18. Mai

## Mindestlohn von 4000 Franken

Mit ihrer Volksinitiative verlangen die Gewerkschaften einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde, was rund 4000 Franken pro Monat entspricht. Der Mindestlohn wäre grundsätzlich für alle Arbeitnehmer zwingend, die Initiative lässt jedoch Ausnahmen für Ausbildungen und geschützte Arbeitsplätze zu. Zudem verlangt sie eine Förderung von Gesamtarbeitsverträgen, die Mindestlöhne enthalten.

Ja Grüne, SP

Nein BDP, CVP, EVP, FDP, GLP, SVP  
Stimmfreigabe Grüne Appenzell, GR

## Kinder vor Pädophilen schützen

Die Organisation Marche Blanche hat die Initiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» lanciert: Alle wegen Pädophilie Verurteilten sollen automatisch und für immer das Recht verlieren, mit Kindern zu arbeiten. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab. Weil sich National- und Ständerat nicht auf eine gemeinsame Position einigen konnten, gibt das Parlament keine Abstimmungsempfehlung ab.

Ja BDP, SVP

Nein CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP  
(abweichend: FDP FR, GE, JU, VD; CVP AG, BL, FR, GE, GR, JU, SG, TI, VD, VS, JCVP; Grüne TI)  
Stimmfreigabe FDP LU, NE; CVP LU; Grüne SG; GLP GE, GR, NE

## Beschaffung von 22 Gripen-Jets

Bundesrat und Parlament wollen 22 schwedische Kampffjets vom Typ Gripen für 3 Milliarden Franken kaufen. Der Gripen soll die 54 Tiger-Jets der Schweizer Luftwaffe ablösen. Bis zur Inbetriebnahme der neu entwickelten Gripen soll die Schweiz zudem schwedische Occasionsflieger mieten. Gegen den Kauf wurde das Referendum ergriffen.

Ja BDP, CVP, FDP, SVP (abweichend:

CVP BL, CVP Frauen)  
Nein GLP, Grüne, SP  
Stimmfreigabe CVP JU; GLP NE; EVP

## Förderung der Hausarztmedizin

Der Verfassungsartikel verpflichtet Bund und Kantone, den drohenden Hausarztmangel zu bekämpfen und die medizinische Grundversorgung zu gewährleisten. Der neue Artikel ist der Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Initiative der Ärzte, die bessere Arbeitsbedingungen für Hausärzte forderte.

Ja BDP, CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP

(abweichend: FDP JU, SZ, Jungfreisinn; Grüne Appenzell; GLP BL, LU)  
Nein SVP (abweichend: SVP FR, GE, GL, GR, JU, LU, SH, TG)  
Stimmfreigabe SVP UR

Alles zu den Abstimmungen Resultate, Analysen, Reaktionen. Sonntag ab 12 Uhr auf

www.tagesanzeiger.ch